

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 092-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.311

Eingereicht am: 16.03.2015

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Aebersold, Bern) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Marti, Bern)
SP-JUSO-PSA (Burkhalter, Rümligen)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 19.03.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Aufwind für den Kanton Bern - Nutzung von Ertragsüberschüssen für wichtige Infrastrukturgrossprojekte im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für einen Fonds zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts im Kanton Bern zu schaffen, und zwar mit folgenden Rahmenbedingungen:

1. Der Regierungsrat ist dafür zuständig, die Infrastrukturgrossprojekte zu definieren und den Zeitplan für deren Umsetzung festzulegen.
2. Der Ertragsüberschuss der Rechnung 2014 von 212 Mio. Franken ist in diesen Fonds zu überweisen.

Begründung:

Der Kanton Bern soll mit der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft mithalten. Ein gut ausgebauten Infrastruktursystem, die nachhaltige Nutzung des Raumes, hochstehende Bildung, ein gut ausgebautes Gesundheitssystem und Innovationsprojekte sind Schlüsselgrössen für einen pros-

perierenden Kanton. Um die strukturellen und finanziellen Probleme im Kanton Bern zu überwinden, sind deshalb nachhaltige Investitionen nötig.

Die langfristige Planung von Infrastrukturprojekten setzt Finanzierungssicherheit voraus. Dies kann erreicht werden, wenn in Jahren mit positiven Rechnungsabschlüssen Gelder für wichtige Infrastrukturgrossprojekte auf die Seite gelegt werden. Mit vorliegender Motion fordert die SP-JUSO-PSA-Fraktion einen Fonds für Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts im Kanton Bern.

Die Gelder aus dem neuen Fonds sollen breiter verwendet werden, als dies mit dem bisherigen Investitionsfonds möglich war. So kann daraus beispielsweise die Entwicklung des Kantons als Wohn- und Wissensstandort unterstützt werden. Aber auch Bildung und ökologische Mobilität können stärker gefördert werden mit dem Ziel, den Kanton Bern als Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort zu stützen. Es soll auch ermöglicht werden, Gemeinden bei wichtigen Infrastrukturanlagen oder Sanierungen, z. B. von Schulhäusern, finanziell zu entlasten.

Begründung der Dringlichkeit: Der geforderte Fonds soll aus dem Ertragsüberschuss der Rechnung 2014 gespeisen werden. Die Entscheidung über die Verwendung des Ertragsüberschusses muss schnell geklärt werden.